

Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 2 vom 27. Februar 2024

Vorsitz François Scheidegger, Stadtpräsident

Anwesend Remo Bill
Alexander Kaufmann
Angela Kummer
Daniel Hafner
Robert Gerber
Alexander Kohli
Ivo von Büren
Marc Willemin
Nicole Arnold
Fabian Affolter
Richard Aschberger
Matthias Meier-Moreno
Tobias Neuhaus
Patrick Crausaz

Entschuldigt Luzia Meister, Stadtschreiberin

Anwesend von Amtes wegen Nicole Hirt, Gesamtschulleiterin
Aquil Briggen, Stadtbaumeister
David Baumgartner, Finanzverwalter
Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin,
Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)

Dauer der Sitzung 17:00 Uhr - 18:50 Uhr

TRAKTANDEN (2127 - 2137)

- 1 Protokoll der Sitzung Nr. 12 vom 21. November 2023
- 2 2127 Motion Angela Kummer (SP): Einführung der Parentu-App als niederschwelliges Instrument der Frühen Förderung:
Beschluss über Erheblicherklärung
- 3 2128 Motion Fraktion Motion SP: Ausbau der Mittagstische für die Primarschulen:
Beschluss über Erheblicherklärung

- 4 2129 Pilotprojekt Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen
- 5 2130 Zukünftige Standorte der Grenchner Stadtverwaltung
- 6 2131 Motion Fraktion FDP: Grenchen, Bushaltestelle Ärztezentrum Storchengasse: Beschluss über Erheblicherklärung
- 7 2132 Interpellation Remo Bill (SP): Ehemaliges Warenhaus Meyer Söhne (Innovation), Grenchen: Beantwortung
- 8 2133 Interpellation Remo Bill (SP): Stand Motion Remo Bill (SP) «Unterhaltskonzept für Hoch- und Tiefbauten»: Beantwortung
- 9 2134 GV-Motion Rebekka Meier "Baujurist in die Baudirektion"
- 10 2135 Wahlbüro: Demission von Daniel Sägesser als Ersatzmitglied, Ersatzwahlvorschlag der FDP: Silas Stauer
- 11 2136 Genehmigung Demission von Michael Schlup, 2. Ersatzmitglied Gemeinderat (SP), Kenntnisnahme Wahlfeststellungen Andreas Saladin, 2. Ersatzmitglied, Daniel Hirt, 3. Ersatzmitglied
- 12 2137 Mitteilungen und Verschiedenes

- 0 -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 12 vom 21. November 2023 wird genehmigt.

- 0 -



Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 2

vom 27. Februar 2024

Beschluss Nr. 2127

Motion Angela Kummer (SP): Einführung der Parentu-App als niederschwelliges Instrument der Frühen Förderung: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/14.02.2024

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Motion von der Standortförderung in Koordination mit den Schulen Grenchen, Mütter- und Väterberatung, Jugendkommission, KSF, Finanzverwaltung, Informatik und Stadtschreiberin beantwortet.
- 1.2 Gemeinderätin Angela Kummer dankt für die positive Aufnahme bezüglich Einführung der Parentu-App. Auch wenn die Motion anscheinend ungütig sein soll, wurde das Anliegen von den abgefragten Institutionen gut aufgenommen. Selbstverständlich hat sie zuerst die Verwaltung kontaktiert. Leider fühlt sich niemand in der Stadtverwaltung genügend zuständig für das Thema Frühe Förderung. Das ist sehr schade. So blieb ihr nur der Weg über einen Vorstoss. Die Beantwortung zeigt, dass offensichtlich ein Bedürfnis für solch eine niederschwellige Art der Unterstützung von Eltern besteht. Sie hofft, dass es nun rasch zur Umsetzung kommt. Dass es keinen Zeitplan hat, ist un schön. Sie ist bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.
- 1.3 François Scheidegger stellt fest, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wurde. Dass es eine gute Sache ist, ist unbestritten. Er empfiehlt, dass Postulat erheblich zu erklären.

2 Eintreten

Eintreten ist obligatorisch.

3 Diskussion

- 3.1 Gemeinderat Richard Aschberger nimmt zur Kenntnis, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wurde, und beantragt, das Postulat gleich als erledigt abzuschreiben.
 - 3.1.1 Angela Kummer spricht sich gegen eine sofortige Abschreibung aus. Ohne Zeitplan ist es ihr zu wenig konkret.
 - 3.1.2 Für Richard Aschberger ist die Flughöhe zu hoch.
 - 3.1.3 François Scheidegger verweist auf den GPK-Bericht zur Behandlung von Motionen und Postulaten. Laut dem GPK-Präsidenten kann ein Postulat abgeschrieben werden, wenn das Begehren geprüft wurde. Es steht danach jedem frei, nachzufragen. Er ist froh, wenn man es abschreiben kann und nicht mehr mitziehen muss.

- 3.1.4 Gemäss Gemeinderat Ivo von Büren hat der Gemeinderat zuerst über die Erheblicherklärung und erst danach über die Abschreibung abzustimmen.
- 3.2 Keine weiteren Wortmeldungen.
- 3.3 Anträge und Beschlussesentwurf
- 3.3.1 Das Postulat wird mit 10 : 5 Stimmen erheblich erklärt.
- 3.3.2 Das Postulat wird mit 8 : 7 Stimmen als erledigt abgeschrieben.

Es ergeht folgender

- 4 Beschluss
- 4.1 Das Postulat wird erheblich erklärt.
- 4.2 Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

SV
Informatik
SF

2.9.4 / acs



Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 2

vom 27. Februar 2024

Beschluss Nr. 2128

Motion Fraktion Motion SP: Ausbau der Mittagstische für die Primarschulen: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/14.02.2024

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Gemäss François Scheidegger wurde die Motion von der Schulverwaltung in Koordination mit Personalamt, Finanzverwaltung und Stadtschreiberin beantwortet.

1.2 Gemeinderätin Angela Kummer dankt für die Vorlage. Für viele Eltern ist betreffend Mittagstisch keine Lösung vorhanden. Offenbar besteht ein räumliches Platzproblem in den Primarschulen und ihren Schulhäusern. Darum sind die angebotenen und betreuten Mittagstische ausgelastet, ausser im Eichholzschulhaus. Es ist schade, dass die Schulverwaltung die Motion als nicht erheblich erklärt. Der Punkt ist klarer Bestandteil der Kompass-Strategie. Die SP-Fraktion wünschte sich genauere Abklärungen für alternative Modelle, z. B. nur betreute Mittagstische in externen Räumlichkeiten, z. Bs. Restaurants oder Altersheimen. Es fehlt der Goodwill. Wahrscheinlich braucht es den Druck der Eltern. Nach und nach wird man um den Ausbau der Mittagstische nicht herumkommen. Es muss einen Weg geben, dass beide Elternteile erwerbstätig sein können und ihre Kinder trotzdem gut versorgt sind. Sie ist bereit, ihre Motion in ein Postulat umzuwandeln.

1.3 Stadtpräsident François Scheidegger stellt fest, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wurde.

2 Eintreten

Eintreten ist obligatorisch.

3 Diskussion

3.1 Als Stadt, so Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, die sich «Leben & Wohnen» auf die Fahne geschrieben hat, mit familienfreundlichen Schulen wirbt sowie die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsarbeit unterstützt, sind Tagesbetreuungsangebote mit einem Mittagstischangebot in allen drei Primarschulstandorten ein «Must»! Mit Freude und auch ein wenig Stolz darf festgehalten werden, dass jeder Primarschulstandort ein Tagesstrukturangebot mit je 20 Plätzen für den Mittagstisch, inkl. eigenen Räumlichkeiten und Betreuungspersonal besitzt. Von Montag bis Freitag beinhaltet das Angebot neben dem Mittagstisch auch vorschulische und nachschulische Betreuung von 6.30 bis 18.00 Uhr. Ein komplettes Angebot, von welchem berufstätige Eltern und Alleinerziehende bereits heute profitieren können.

Als Familienpartei steht die Mitte hinter den Tagesstrukturen und ihrem notwendigen Angebot, sieht jedoch auch den Punkt der Wirtschaftlichkeit, welcher bis heute nicht wirklich gegeben ist. Wenn von drei Standorten nur zwei Mittagstische voll ausgelastet sind, findet sie einen Ausbau absolut verfrüht - denn ein Ausbau zieht auch unweigerlich bauliche und personelle Kosten nach sich. Neben dem Hauptgeschäft dem Mittagstisch muss auch eine bessere Auslastung bei der vor- und nachschulischen Betreuung erreicht werden. Wenn diese beiden Punkte erreicht werden, ist die Mitte-Fraktion gerne bereit, den Ausbau der Tagesstrukturen an den jetzigen Standorten zu unterstützen. Daher lehnt sie das Postulat ab.

- 3.2 Wie Gemeinderat Patrick Crausaz ausführt, zeigt die Stellungnahme der Schulverwaltung klar auf, dass gegenwärtig kein Bedarf an einem Ausbau besteht. Es handelt sich weniger um Bedarf, sondern mehr um Bequemlichkeit und Einfachheit, dafür ist die Allgemeinheit aber nicht zuständig. Die GLP wird das Postulat nicht unterstützen.
- 3.3 Gemeinderat Richard Aschberger erklärt, dass sich die SVP-Fraktion dem Antrag unter Ziff. 4.1 der Vorlage anschliesst, also Nicht-Erheblicherklärung. Die Gründe sind klar dargelegt und für die SVP waren die Ausführungen unter Ziff. 2.3 auch interessant zu lesen. Man ist nach wie vor nicht auf dem Vor-Corona-Stand unterwegs trotz zusätzlicher Werbung in den sozialen Medien usw. Das bedeutet, dass man sich eben doch selbst organisieren kann, wenn man will. Da passt auch Ziff. 2.3.1, dass es genau so ist, wie man schon damals beim Pilotprojekt und nachher bei der Einführung der TAS gesagt hat, nämlich dass ein *«beachtlicher Teil der Nachfrage nach Mittagstischen von Eltern stammt, bei denen ein Elternteil nicht arbeitet und/oder keine 'sozialen Gründe' vorliegen, die den Besuch der TAS nahelegen (z.B. auf Anraten der SDOL).»* Die SVP lehnt die Motion ab und dankt für die klaren Worte in der Stellungnahme der Schulverwaltung.
- 3.4 Aus der Optik der FDP-Fraktion, so Gemeinderat Alexander Kohli, ist die Bedeutung der TAS unbestritten. Der Kompass ist auch ein wichtiger Hinweis. Für sie läuft es relativ vernünftig im normalen Schulbetrieb. Das soll auch so bleiben. Der Mittagstisch während den Ferien (siehe nachfolgendes Traktandum *«Pilotprojekt Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen»*) hingegen ist eine andere Geschichte. Dort ist man der Meinung, dass das Pilotprojekt den Bedarf sauber abklären soll. Vor diesem Hintergrund wird die FDP den vorliegenden Vorstoss nicht erheblich erklären.
- 3.5 Angela Kummer hört von vielen Leuten, die arbeiten wollen, aber keine Betreuungslösung haben. Sie appelliert an diese Leute, sich öffentlich zu äussern, wie schwierig es ist. Die wenigen Plätze sind auch ein Grund, weswegen Leute nicht nach Grenchen ziehen. Das ist auch eine Klientel, die man gerne in Grenchen haben möchte. Für sie stimmt das Verhältnis von 20 Plätzen auf 400 Kinder in grossen Schulhäusern nicht. Die SP sieht die Problematik, dass die Auslastung für die Ganztagesbetreuung noch nicht gegeben ist. Aber wenn man im Kompass *«bedarfsgerecht»* sagt, ist wahrscheinlich im Moment der Bedarf wirklich vor allem beim Mittagstisch da. Der SP ist es deshalb ein Anliegen, dass man dort eine bedarfsgerechte Lösung suchen würde. Sie hofft, dass sich die Eltern wehren und sagen, was sie effektiv bräuchten, oder sich selbst organisieren. Sie kennt viele, die dann leider nur die Lösung haben, das Kind allein zu Hause zu lassen. Das findet sie nicht unbedingt gut.

- 3.6 Gemeinderätin Nicole Arnold teilt die Auffassung ihrer Vorrednerin. Sie ist selbst als Mutter betroffen. Sie hat einmal versucht, ihre Kinder an 5 Tagen für den Mittagstisch anzumelden. Die Rückmeldung war, dass es nur an 3 Tagen möglich ist, weil man so viele Anfragen hat und jedem Kind bzw. Elternteil Hand bieten möchte. Es ist nicht zufriedenstellend, so wie es im Moment ist. Es hat wirklich zu wenig Plätze zur Verfügung. Man möchte, dass Frauen und Männer gut ausgebildet sind und nachdem sie Nachwuchs bekommen haben, möglichst rasch wieder in den Arbeitsmarkt zurückkehren, weil grosser Fachkräftemangel herrscht und man nicht Arbeitskräfte «importieren» will, die nicht Deutsch können, noch ausgebildet werden müssen etc. Dann muss man auch dafür sorgen, dass die Leute, die hier sind, zurück in den Arbeitsprozess gehen können. Der Mittagstisch ist wichtig, weil viele in ihren Arbeitszeiten nicht flexibel sind und keine Zeit haben, über den Mittag nach Hause zu gehen. Es gibt viele Alleinerziehende in der Schweizer Gesellschaft. Sie glaubt nicht, dass es nur ein kleiner Teil ist, der dieses Bedürfnis hat. Dann kann man auch mit gutem Gewissen arbeiten, ohne sich ständig Sorgen machen zu müssen, ob die Versorgung des Kindes klappt oder nicht.
- 3.7 Nicole Hirt bemerkt, dass der Ausbau der Mittagstische rein gar nichts mit der Kompass-Strategie zu tun hat (Vereinbarkeit von Familie und Beruf). Wenn die Leute nur den Mittagstisch beanspruchen, was machen sie dann am Morgen mit den Kindern, wenn sie arbeiten gehen, und am Abend? Dieses Argument sticht hier nicht. Die meisten Leute, die arbeiten, brauchen für ihre Kinder die Tagesstrukturen, welche den Unterricht mit ausserschulischer Betreuung zu einem ganztägig integrierten Angebot verbinden.
- 3.8 Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht mit 10 : 5 Stimmen folgender

4 Beschluss

- 4.1 Das Postulat wird nicht erheblich erklärt.

SV
PA
FV

2.9.5 / acs



Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 2

vom 27. Februar 2024

Beschluss Nr. 2129

Pilotprojekt Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen

Vorlage: SV/15.02.2024

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Gesamtschulleiterin Nicole Hirt fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Mit dem angestrebten Pilotprojekt der Ferienbetreuung, so Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, kommt man als Stadt mit «Leben & Wohnen» und familienfreundlichen Schulen dem Anspruch von Vereinbarkeit von Familien- und Berufsarbeit ziemlich nahe. Hierbei ist der Bedarf der Eltern sicher auch ausserhalb der TagesstrukturbesucherInnen im grösseren Masse vorhanden. Vorerst sieht das Pilotprojekt den Betrieb eines Standorts vor, welcher nur mit TAS-SchülerInnen belegt wird und bei offenen Plätzen mit anderen Schülerinnen und Schülern aufgefüllt werden kann. Mit diesem Vorgehen sollte man bereits während der Pilotphase eine volle Auslastung erreichen, was dem wirtschaftlichen Gedanken Rechnung trägt. Geplant ist, das Angebot während 9 Schulferienwochen anzubieten, was aus Sicht der Mitte-Fraktion überdimensioniert ist und womit keine volle Auslastung erreicht werden kann. Daher schlägt sie vor, das Angebot vorerst auf 4 Schulferienwochen zu beschränken, jeweils in der ersten Woche in den Herbst-, Sport-, Frühlings- und Sommerferien. Realistisch gesehen, kann damit eine volle Auslastung an einem TAS-Standort erreicht werden. Und wenn die Nachfrage tatsächlich steigen sollte, kann immer noch eine zusätzliche Woche angeboten oder ein zweiter Standort geöffnet werden. Hier lohnt es sich, zuerst klein zu starten, Erfahrungen zu sammeln und das Angebot der Nachfrage anzupassen, sprich organisch zu wachsen. Es würde die Mitte freuen, wenn ihre Idee in das Pilotprojekt aufgenommen würde. Die Mitte-Fraktion ist für Eintreten und stimmt den Anträgen zu. Zusätzlich sieht sie grosses Potential, auf der Stadtwebseite eine Rubrik «Ferienbetreuungsangebote für Kinder» zu implementieren, welche alle Angebote wie TAS-Ferienbetreuung, Ferienkolonie Prägels, Ferienpass, MS Sports Dance Camp, Kinder-Camps, Fussball Camps sowie J&S Sportlager, Feriengestaltung.ch, Kovive usw. zusammenfasst und den Eltern Ideen für die sinnvolle Feriengestaltung und -betreuung gibt.
- 2.2 Der Bericht der Schulverwaltung, so Gemeinderat Patrick Crausaz, zeigt auf, dass die Nachfrage vorhanden ist und ein Angebot bereitgestellt werden kann. Das ist im Sinne der Kompass-Strategie. Das Vorgehen mit einem Pilotprojekt macht Sinn. Er findet es keine gute Idee, das Angebot zu reduzieren, da dadurch nicht aufgezeigt werden kann, welche Wochen weniger gut besucht werden. Er macht beliebt, es bei 9 Wochen zu belassen. Die GLP wird den Anträgen so zustimmen.

- 2.3 Wie Gemeinderätin Angela Kummer ausführt, begrüsst die SP-Fraktion die Einführung der Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen (TAS). Dies wird auch in der Kompass-Strategie unter Punkt 1d „bedarfsgerechtes Tagesbetreuungsangebot“ so verabschiedet. Schon 2019 hat die SP dazu eine Motion eingereicht für eine Bedarfsabklärung diesbezüglich, welche im März 2020 als Postulat erheblich erklärt wurde. Schon damals wurde gewünscht, dass auch alle anderen Angebote auf der Webseite veröffentlicht werden. Das ist keine riesige Arbeit. Dann hätte man eine Koordinationsseite, auf der alles zusammengefasst ist. Die SP ist gegen eine Reduktion und fände es gut, wenn man bei 9 Wochen bleiben würde (13 Wochen Schulferien minus 4 oder 5 Ferienwochen, welche z.B. Alleinerziehende maximal beziehen können). Die Schwierigkeit dabei ist immer Angebot und Nachfrage. Vorliegendenfalls wurde die Umfrage nur bei Kindern gemacht, die jetzt schon in die Tagesstrukturen gehen. Sie hört von ganz vielen Leuten, die ihre Kinder nicht in den Tagesstrukturen haben und trotzdem froh wären, einzelne Tage während der Schulferien beanspruchen zu können. Hier wäre die Nachfrage schon da und es stellt sich die Frage, ob man bereit ist, das Angebot zu schaffen. Ist die Vorstellung, nach und nach zu wachsen, oder versucht man jetzt mit dem Pilotprojekt - so wie es die SP anstrebt - wirklich eine Analyse zu machen und sich nachher auf einige Wochen zu einigen?
- 2.4 Laut Gemeinderat Alexander Kohli ist die Bedeutung der Ferienbetreuung klar. Die FDP-Fraktion will aber wissen, was Sache ist. Deshalb begrüsst sie den Ansatz mit dem Pilotprojekt. Es reicht ihr nicht, dass man glaubt, dass irgendwelche Bedürfnisse vorhanden sind. Die FDP will, dass die Forderung erhärtet ist. Deshalb ist er auch der Meinung, dass man die 9 Wochen anbieten muss, damit man alle möglichen Feriengefässe gut überprüft hat. Vor diesem Hintergrund begrüsst er den Vorschlag mit der Web-Werbung. Das ist sicher nicht falsch, denn die Angebote müssen gut an die Leute gebracht werden, allenfalls auch mehrsprachig, damit es alle verstehen. Wichtig ist, dass es am Schluss eine passende Lösung gibt. Denjenigen, die es sich leisten können, soll man die Vollkosten verrechnen, die anderen können Sozialrabatte beanspruchen. Zu einem Pilotprojekt gehört eine entsprechende Evaluation, bevor man das Angebot definitiv einführt. Die FDP ist gespannt auf die Resultate und wird der Vorlage zustimmen.
- 2.5 Gemäss Gemeinderat Richard Aschberger wurde das Traktandum in der SVP-Fraktion ausführlich und lange diskutiert, gerade weil das vorherige Traktandum schon interessant war. Er kann es relativ kurzhalten und auch auf die früheren Stellungnahmen und Meinungen der SVP zu diesem Thema verweisen. Dass die SVP eine kritische Grundhaltung einnimmt, dürfte keine Überraschung sein, vor allem nicht mit Blick auf die Kosten. Und auch ganz grundsätzlich, denn auch hier ist für sie klar, dass es eine Salamtaktik mit dem Pilotversuch ist. Das kommt so oder so, da macht sich die SVP gar keine Illusionen. Somit bleibt ihr nur darauf hinzuweisen, dass man ein exklusives Angebot schafft, dass mit den vorliegenden Zahlen klar aufzeigt, dass es extrem teure Tage für eine Handvoll Kinder geben wird. Dass man einmal mehr auch die Elternbeiträge ganz genau anschauen muss, das ist für sie klar und das erwartet sie auch von der Schulverwaltung. Ebenso, dass solche dann im Voraus fixierten Termine nur bei einer Mindestanzahl Kinder durchgeführt werden und wenn geschwänzt wird, die Kosten zu 100 % den Eltern in Rechnung gestellt werden. Die öffentliche Hand zahlt den grössten Teil und somit ist mit den Steuergeldern sorgsam umzugehen. Auch wünscht sich die SVP bei der Auswertung des Pilotprojekts, dass die Zahlen und Fakten auf den Tisch gelegt werden, wie beim Traktandum vorher. Sie will dann wissen, welches Klientel den Dienst überhaupt genutzt hat.

Wenn dann herauskommt, dass auch hier wieder ein beachtlicher Teil den Dienst gar nicht bräuchte, dann muss das Konsequenzen haben. Es darf nicht sein, dass die öffentliche Hand für ein paar wenige eine Ferienbetreuung hochfährt, nur weil die Eltern zu faul sind, sich selbst um die Kinder zu kümmern. Wer Bedarf hat und dank dem Angebot voll arbeiten kann, da ist logischerweise alles okay, aber wenn es ist wie bei anderen Angeboten, dann ist das nicht korrekt. Man muss genau hinschauen, für wen das Angebot geschaffen wird.

- 2.6 Nicole Hirt bezieht sich auf die Aussage von Angela Kummer, wonach zuerst die TAS-Kinder berücksichtigt und dadurch ganz viele aussen vor gelassen werden. Ihr schwebt vor, dass man bei der Erhebung alle fragt und schaut, was zurückkommt. Aber es trifft schon zu, dass man zuerst TAS-Kinder nehmen wird. Das ist nicht mehr als fair. Wenn es Luft nach oben gibt, gibt es sicher Möglichkeiten, auch andere zu berücksichtigen. Wie das Verhältnis sein wird, wird der Pilot zeigen.
- 2.7 Für Gemeinderätin Nicole Arnold wäre es als berufstätige Mutter sehr wichtig, die Termine relativ zeitnah zu erfahren, damit man sich organisieren kann. Man kann ja nicht an zwei Orten buchen.
- 2.8 Angela Kummer möchte wissen, ab wann die Ferienbetreuung angeboten werden soll. Ist das ab neuem Schuljahr oder kann man das noch nicht sagen?
- 2.9 Laut Nicole Hirt kann man das noch nicht sagen. Es braucht zuerst ein Konzept, hier ist man dran. Dann muss es nochmals in den Gemeinderat. Sie möchte hier keine Versprechungen abgeben. Natürlich wäre es das Ziel, etwas auf das neue Schuljahr anbieten zu können. Aber auch das ist nach Aussage von Nicole Arnold schon sehr sportlich. Es ist bald März. Man müsste im August anfangen. Das ist für viele Eltern schon zu spät. Das wird sich halt nach hinten verschieben. Es muss ja nicht pro Schuljahr sein. Es kann auch pro Kalenderjahr sein (Sportferien, Frühlingsferien etc.) sein. Für sie wäre es wichtig zu erfahren, wie viel Vorlaufzeit die Eltern brauchen (ein halbes Jahr, ein Jahr?). Das wurde noch nicht erhoben.
- 2.10 Matthias Meier-Moreno betont, dass seinem Antrag auf 4 Wochen organisatorische Gründe zugrunde liegen. 4 Wochen sind durchführbar mit dem Personal, das jetzt dort arbeitet. Wenn plötzlich 9 Wochen abgedeckt werden müssen, muss man dann auch das entsprechende Personal haben. Von Anfang an, mit 9 Wochen zu fahren und zu schauen, was kommt, ist überhaupt nicht wirtschaftlich gedacht. Man läuft Gefahr, unterschiedlich gut ausgelastete Wochen zu haben (von sehr gut bis sehr schlecht). So ein Vorgehen würde in der Wirtschaft nicht gehen. Als Stadt kann man so etwas machen. Er arbeitet in diesem Segment und weiss, wie es funktioniert. Es ist nicht so einfach, wie man sich dies vielleicht vorstellt. Man würde besser reduzieren und dafür etwas Richtiges aufstellen, mit dem Effekt, dass man dann eine gute Auslastung, zufriedene Mitarbeitende und ein echtes Angebot hat, das einen Mehrwert bietet.
- 2.11 Patrick Crausaz bezweifelt die Aussage, dass es mit 4 Wochen professioneller ist. Wenn man eine Studie und ein Pilotprojekt macht, besteht gerade der Sinn darin zu evaluieren, wo die Schwerpunkte liegen, wo man mehr oder weniger Aufkommen von Leuten hat, so dass man sich entsprechend organisieren kann. Er findet das Argument nicht zutreffend.

- 2.12 Gemäss Matthias Meier-Moreno fängt die Evaluation damit an, eine Umfrage bei allen Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrern zu machen und diese zurückmelden, was ihr Bedürfnis ist. Anhand des Rücklaufs kann man es dann anschauen. Ein Bedürfnis ist noch schnell da. Wenn die Eltern dann wissen, was es kostet und dass sie sich einschränken müssen, wird es dann nicht so einfach.
- 2.13 Wenn man nur 4 Wochen anbietet, so Nicole Hirt, kommen es garantiert Rückmeldungen von Eltern, dass nicht die Wochen abgedeckt werden, die sie brauchen. Deshalb hat man möglichst viele Wochen für das Pilotprojekt genommen. Wie es nachher definitiv aussehen wird, ist noch unklar. Vielleicht sind es dann nur 4 oder 5 Wochen, die abzudecken sind. Das will man jetzt genau herausfinden.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Anträge und Beschlussesentwurf

3.1.1 Ziff. 4.1 wird mit 11: 4 Stimmen gutgeheissen.

3.1.2 Ziff. 4.2 wird stillschweigend gutgeheissen.

3.1.3 Gemäss François Scheidegger ist betreffend Ziff. 4.3 eine Korrektur anzubringen. In der Klammerbemerkung muss stehen: «zzgl. Sozialleistungen» (*nicht inkl.*). Man wird im 2024 nicht alles brauchen.

Ziff. 4.3 wird mit 11: 4 Stimmen gutgeheissen.

Es ergeht folgender

4 Beschluss

4.1 Das einjährigen Pilotprojekt *Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen* wird genehmigt.

4.2 Dem Gemeinderat werden vor der Ausschreibung die Pilotbedingungen zum Beschluss vorgelegt.

4.3 Zu Lasten ER 2024, Konto Nr. 2180.3010.00 wird ein Nachtragskredit von CHF 36'000.00 (zzgl. Sozialleistungen) genehmigt.

Vollzug: SV

SV
PA
FV

2.9.5 / acs

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 2

vom 27. Februar 2024

Beschluss Nr. 2130

Zukünftige Standorte der Grenchner Stadtverwaltung

Vorlage: BD/15.02.2024

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtpräsident François Scheidegger führt in das Geschäft ein.

1.2 Stadtbaumeister Aquil Briggen fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen (Beilage).

2 Eintreten

2.1 Gemeinderat Robert Gerber erklärt, dass die FDP-Fraktion für die doch recht ausführliche und trotzdem übersichtliche Vorlage in Sachen Standorte Grenchner Stadtverwaltung dankt. Die verschiedenen städtischen Verwaltungsabteilungen und Bereiche sind - Stand heute – an fünf resp. acht verschiedenen Standorten untergebracht. Vor ein paar Jahren stand einmal ein zentraler Standort zur Diskussion, nämlich das heutige Hôtel-de-Ville und ein entsprechender Anbau. Es kursierte damals auch der Begriff «One-Stop-Shop». Mit anderen Worten: Die Stadtverwaltung sollte an einem Standort zentralisiert werden. Sogar die Kantonspolizei zeigte Interesse an diesem neuen Standort. Das Ganze hätte sehr viele Vorteile und kaum Nachteile gebracht. Er braucht diese hier nicht aufzuzählen. Die sind sattsam bekannt und in Ziffer 1.4 der Vorlage auch nochmals aufgezählt. Mit der Platzierung resp. Auslagerung der Sozialen Dienste ins EBOSA-Areal wich man von dieser Philosophie ab. Ein wesentliches Argument, dass immer wieder ins Feld geführt wird, sind die Kosten. Die Kosten waren auch vor zehn Jahren ein Argument, die Verwaltung nicht in der Region Hôtel-de-Ville zu zentralisieren. Er glaubt kaum, dass die Kosten seither gesunken sind. Auch andere Gemeinden machten die Erfahrung, dass, wenn man Schulhausneubauten hinausschiebt, es nicht kostengünstiger, sondern viel teurer wird. Auf Beispiele verzichtet er. Auch eine Zentralisierung der Verwaltung am Marktplatz hätte seinen Reiz und seine Vorteile. Auch das ist in der Vorlage angedeutet. Allen Unkenrufen zum Trotz sind Videokonferenzen und Homeoffice in der Stadtverwaltung nicht das Vordringlichste, sondern sollten die Ausnahme bilden. Manchmal muss man sich von den Idealvorstellungen verabschieden und pragmatischen Lösungen den Vorrang geben. Die hier vorgelegte Lösung, nämlich die Sanierung des Hôtel-de-Ville und das Herrichten des Sicherheitsgebäudes für die Baudirektion, ist eine pragmatische und, so scheint es, eine zahlbare Lösung. Die heutige Situation, insbesondere im Hôtel-de-Ville ist nicht nur nicht mehr zeitgemäss, sie ist teilweise auch brandschutztechnisch nicht mehr über alle Zweifel erhaben und muss verbessert werden.

Die Verlegung der Baudirektion in ein stadteigenes Gebäude an die Simplonstrasse macht durchaus Sinn. Die FDP-Fraktion geht davon aus, dass bei der Sanierung des Gebäudes an der Simplonstrasse auch in Sachen energetische Sanierung einiges vorgesehen ist. Das Dach ist erwähnt. Frage: Ist noch Weiteres vorgesehen? Ist die Heizung auf Vordermann? Wenn man schon beim Sicherheitsgebäude ist, ist darin nur noch der Bereich Zivilschutz untergebracht. Das sind drei Mitarbeiter. Hat man nicht an eine Zwischenvermietung gedacht? Er kommt nochmals zurück auf den Slogan «One-Stop-Shop». Bis vor einiger Zeit war es wenigstens so, dass an der Dammstrasse im Forum die Bauverwaltung untergebracht war und die Amtsschreiberei und der Geometer. Das ist mit dem Umzug der Amtsschreiberei an den Marktplatz heute nicht mehr so. Wäre es wenigstens so, dass man auch den Geometer mit an die Simplonstrasse 6 mitnehmen könnte? Er hat eingangs gesagt, dass der Standort Marktplatz ideal für die Zentralisation der Stadtverwaltung wäre. Der Standort Marktplatz wäre auch ideal als Standort für die kantonale Verwaltung. Die Stadt verlangt schon seit einiger Zeit vom Kanton, dass bei der Neuplatzierung von Verwaltungsabteilungen auch Grenchen zum Zuge kommt. Der Sitz der Solothurnischen Gebäudeversicherung passte hervorragend in dieses Gebiet - das als ernst gemeinte Anregung an die verantwortlichen Stellen. Die FDP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt der Weiterverfolgung der Variante Teilsanierung des Stadthauses und dem Umzug der Baudirektion in das Sicherheitsgebäude zu.

- 2.2 Seit Jahren, so Gemeinderat Alexander Kaufmann, wird das Thema der zukünftigen Standorte der Stadtverwaltung diskutiert. Ziel der Überprüfungen war immer, eine zentrale Verwaltung zu realisieren. Verschiedene Optionen wurden geprüft, hinterfragt und wieder fallen gelassen. Sogar eine Machbarkeitsstudie mit einem Architekturwettbewerb wurde durchgeführt, mit einem qualitativ sehr guten Gewinnerprojekt. Leider fiel das Neubauprojekt südlich vom jetzigen Stadthaus nicht zuletzt den relativ hohen Kosten zum Opfer. Bei den zwei vorgeschlagenen Varianten ist nur noch die Variante 1 als zentralisierte Verwaltung umsetzbar. Die Idee, damit die Baulücke bei Marktplatz zu schliessen, besticht sicherlich architektonisch, aber nicht als Standort. Zudem ist diese Variante mit Gesamtkosten von 18'750'000 Franken zu teuer und für die Stadt eine zu hohe Investition. Damit ist die Variante 2 auch für die SP-Fraktion der klare Favorit. Die Identität des Hôtel-de-Ville als Gemeindeverwaltung ist in der Stadt verankert und hat seine Berechtigung. Mit der längst fälligen Sanierung und dem Umbau erhält das Gebäude wieder den ursprünglichen Haupteingang gegen Westen (Bahnhofstrasse). Mit dem Ausbau des Dachgeschosses wird auch das räumliche Angebot erhöht. Auch die Erdbebensicherheit wird auf den aktuellen Stand gesetzt. Zudem bleibt die Option für einen späteren Anbau auf der südlichen Parzelle jederzeit offen. Mit dem Umzug der Baudirektion von der Dammstrasse in das Sicherheitsgebäude an der Simplonstrasse wird das langjährige Mietverhältnis aufgelöst. Die gesamte Verwaltung ist neu in gemeindeeigenen Liegenschaften untergebracht. Während der Umbau- und Sanierungsarbeiten der Gebäude könnten folgende bestehende Synergien genutzt werden:

Phase 1

- Umzug Stadtverwaltung aus Stadthaus in das Sicherheitsgebäude (Provisorium)
- Sanierung und Umbau Stadthaus
- Umzug Stadtverwaltung aus Sicherheitsgebäude (Provisorium) in das neu umgebaute und sanierte Stadthaus

Phase 2

- Umbau und Sanierung Sicherheitsgebäude auf Bedürfnisse Baudirektion
- Umzug Baudirektion von Dammstrasse ins Sicherheitsgebäude

Die SP-Fraktion unterstützt die Variante 2 und ist für Eintreten auf das Geschäft.

- 2.3 Laut Gemeinderat Matthias Meier-Moreno dankt die Mitte-Fraktion für die sorgfältige Prüfung von diversen Varianten und Möglichkeiten im Vorfeld. Dank der Auflistung kann klar nachvollzogen werden, was alles in den letzten Jahren geprüft und wieder verworfen wurde. Dabei stand jeweils das Prinzip «Eigentum vor Miete im Zentrum», was aus finanzieller Sicht als absolut notwendig erachtet wird. Die Auslegeordnung zeigt klar auf, dass eine Zentralisierung aller Dienststellen in einem einzigen Verwaltungsgebäude eine schöne Idealvorstellung ist und diese auch bleiben wird. Selbstverständlich wäre ein repräsentativer Verwaltungsneubau in der Baloise-Baulücke ein «Eye Catcher», ein toller Arbeitsort für die städtische Verwaltung sowie eine moderne und kundenfreundliche Anlaufstelle für die Grenchner Einwohner und Einwohnerinnen. Aus rein finanzieller Sicht ist es mit knapp 19 Millionen Franken aber zu teuer, überrassen, nicht realistisch und an der Urne schlichtweg ohne Chance. Dazu kommt dann auch noch die ungeklärte Frage, was man mit dem Hôtel-de-Ville machen soll. Deswegen bleibt die Mitte-Fraktion lieber realistisch und entscheidet sich für die Variante 2 mit der Teilsanierung des Stadthauses und dem Umzug der Baudirektion in das Gebäude der ehemaligen Stapo. Die Kosten sind zwar mit etwas mehr als 8 Millionen Franken auch nicht wenig, aber die längst fällige Stadthausanierung inkl. Erdbebensicherung und der Wegfall der hohen jährlichen Mieten der Baudirektion sind eine lohnende Investition in die Zukunft. Die Mitte-Fraktion ist für Eintreten und stimmt den Anträgen zu.
- 2.4 Für die GLP, so Gemeinderat Patrick Crausaz, hat erste Priorität, die Gebäude im Besitz der Stadt zu nutzen. Deshalb favorisiert sie Variante 2. Gegen Variante 1 sprechen die zu hohen Kosten und Leerstände im Stadthaus und an der Simplonstrasse. Die Zentralisierung der öffentlichen Verwaltung an einem Standort ist im Zeitalter der Digitalisierung nicht mehr vordringlich.
- 2.5 Gemeinderat Ivo von Büren ist seit bald 20 Jahren im Gemeinderat und durfte in dieser Zeit fünf Varianten mitdiskutieren. Für die SVP-Fraktion war immer klar, dass die Stadtverwaltung dorthin gehört, wo sie heute ist, im wunderschönen Gebäude an der Bahnhofstrasse. Es ist ansehnlich, alle wissen, wo das Hôtel-de-Ville ist. Er ist kein Freund von Neubauten und Anbauten. Die Kosten, die es mit sich bringt, haben ihn schockiert. Die Variante 1 am Marktplatz hat er nie als glückliche Variante angeschaut, auch wegen der noch nicht gelöste Parkplatzsituation, zwar hätte man sicher eine Lösung gefunden, aber er war nie begeistert davon. Er konnte sich auch nicht mit dem BWO-Gebäude als Hauptstandort anfreunden. Der Vorstoss «Liegenschaft Gibelstrasse 1» vom ehemaligen Vize-Stadtpräsidenten Urs Wirth und ihm aus dem Jahre 2017 hatte zum Gegenstand, die von der Stadt erworbene Liegenschaft Gibelstrasse 1 als Ensemble zu erhalten und künftig als Verwaltungsgebäude zu nutzen. Es kam dann anders und das Grundstück mit der Villa wurde verkauft (heute Schaulager für Kunst). Er hätte dort gerne im Garten ein Cüpli getrunken, aber das sind alte Geschichten. Die SVP spricht sich dafür aus, im Hôtel-de-Ville zu bleiben, und ist für Variante 2.
- 2.6 Vize-Stadtpräsident Remo Bill dankt der Baudirektion für die Erarbeitung der Vorlage. Die Machbarkeitsstudie der Variante 1 zeigt, dass es möglich ist, die Stadtverwaltung zentral beim Standort der Baulücke der Baloise Bank zu platzieren.

Auch die Variante 2 mit der Teilsanierung des Stadthauses und der Nutzung des ehemaligen Standortes der Stapo für die Baudirektion ist eine Möglichkeit. Es ist für ihn klar, dass die Variante 2 weiterbearbeitet werden soll. Dort kann später je nach Platzbedarf der Verwaltung ein Projekt realisiert werden. Das Siegerprojekt des Architekturwettbewerbes von 2014/15 hat dies dargelegt. Es war ein städtebaulich und architektonisch qualitatives Projekt. Die Politik hat dies seinerzeit leider nicht erkannt und die Chance verpasst, einen zentralen Standort für die Stadtverwaltung mit Einbezug des Stadthauses zu wählen. Er wird sich aber weiterhin für das Schliessen der Baulücke bei der Baloise Bank einsetzen. Eine Machbarkeitsstudie mit einem attraktiven Nutzungsmix (Markhalle, Café, Wohnungen, Büro und Parking) ist vorhanden. Das Projekt kann ein Mehrwert sein und zur Belebung des städtischen Raumes beitragen.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Die Variante 2 (Teilsanierung Stadthaus + Umzug der Baudirektion in das ehemalige Stapo-Gebäude) wird weiterverfolgt.

Vollzug: BD

Beilage: BD/27.02.2024: Präsentation «Standorte Stadtverwaltung»

BD (HB, ZD)
FV

0.9.1 / acs



Bestehende Standorte

- Stadthaus - Bahnhofstrasse
- Schulverwaltung – Schulstrasse
- Schulen – Diverse
- SDOL – Kapellstrasse
- Baudirektion – Dammstrasse
- Werkhof – Mattenstrasse
- Feuerwehr – Schmelzistrasse
- Rettung – Lebernsstrasse
- ...



GRENCHEN

Verworfenne Optionen

- Erweiterung Stadthaus
- BWO
- SWG Marktplatz
- SWG Brühlstrasse
- Gibelstrasse 1
- Absyte 7
- Sternenweg 4



GRENCHEN

Verworfenne Optionen

- Erweiterung Stadthaus
- BWO
- SWG Marktplatz
- SWG Brühlstrasse
- Gibelstrasse 1
- Absyte 7
- Sternenweg 4

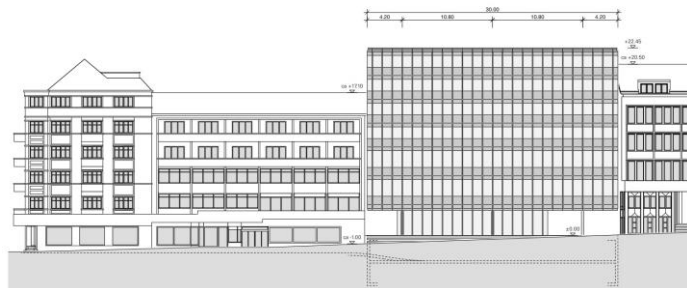


GRENCHEM

Neue Variante 1

- Zentralisiertes Verwaltungsgebäude Marktplatz
- Baudirektion an selbem Standort wie Stadtverwaltung
- Bürgernähe

- Sehr hohe Kosten
- CHF 18.75 Mio
- Leerstände im Stadthaus
- Keine Parkplätze
- Stadthaus müsste sowieso saniert werden



GRENCHEM

Neue Variante 2

- Sanierung Stadthaus & Umzug BD zu Orfina
- Keine Leerstände
- Keine Miete
- Sehr viel günstiger als Var. 1
- CHF 8 Mio
- Erweiterung Stadthaus optional möglich
- Stadthaus bleibt «identitätsstiftend»

- Keine Zentralisierung



GRENCHEM

Weiteres

- Kostengenauigkeit +/- 25%
- Vorfinanzierung Sanierung Stadthaus CHF 4 Mio
- Breite Koordination (AVK, GRK,...)
- Favorit: Variante 2 → Sanierung Stadthaus & Umzug Baudirektion in Orfina-Gebäude

GRENCHEM

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 2

vom 27. Februar 2024

Beschluss Nr. 2131

Motion Fraktion FDP: Grenchen, Bushaltestelle Ärztezentrum Storchengasse: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/19.12.2023

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Gemäss François Scheidegger wurde die Motion von der Baudirektion beantwortet.

1.2 Die FDP-Fraktion, so Gemeinderat Alexander Kohli, dankt für die gute Aufnahme der Motion. Ihr ist es ein echtes Anliegen, die Frage bezüglich der optimal gelegenen Bushaltestelle, insbesondere auch im Zusammenhang mit dem Ärztezentrum zu unterstreichen. Für sie ist es klar, dass die unbefriedigende Einfahrt ins Coop Parkhaus und die gefährliche Situation mit den Parkplätzen vor dem Hôtel-de-Ville ebenfalls neu beurteilt werden müssen und im gleichen Aufwisch möglichst zu erledigen sind. Für eine zweckmässige Lösung muss man sich vielleicht noch genau überlegen, ob allenfalls die Parkplätze via-à-vis der Einfahrt ins Coop Parkhaus wirklich richtig sind oder nicht. Die FDP erwartet eine entsprechende Studie zur Lösung der angesprochenen Probleme und stimmt mit Freude selbstredend dem Antrag auf Erheblicherklärung zu.

2 Eintreten

Eintreten ist obligatorisch.

3 Diskussion

3.1 Wie Gemeinderat Marc Willemin ausführt, zeigt sich die SVP-Fraktion offen für eine weitere interessante Variante der Bushaltestelle Storchengasse und unterstützt deshalb die Motion. Sie ist auch nicht dagegen, dass eine Busbucht in die Umgebung des Ärztezentrums hinkommt. Trotzdem hält sie an der ursprünglichen Ausgangslage, die im Gemeinderat vom 31. Oktober 2023 beschlossen wurde, fest. Erstens die Bau-, Planungs- und Umweltkommission, zweitens die BGU, drittens der Rettungsdienst, viertens die Arbeitsgruppe Öffentlicher Verkehr und viele andere Leute auch sind gegen die Bushaltestelle auf der Strasse in der Storchengasse. Es gibt immer mehr Verkehr (auch elektrischer) und verschiedenste Hindernisse wie z.B. die Aus- und Einfahrt des ETA-Parkplatzes und der Coop Warenanlieferung, die Ein- und Ausfahrt des Coop Parkhauses, die der Strasse entlang vorhandenen Parkplätze und die Notfallzufahrt für den Rettungsdienst verunmöglichen aus Sicht der SVP eine Haltestelle auf der Strasse. Auch die Gefahrenlage steigt markant, wenn der Bus auf der Strasse hält und die Leute schnell aussteigen und auf die andere Seite laufen. 10 Jahre sind die Bushaltekanten schon dort, wo sie jetzt sind. Es ist nicht super, aber es geht. Die Leute haben weniger Grund, hinter dem Bus auf die Strasse zu laufen. Deshalb ist die Gefahr dort kleiner.

Auch die Leute, die mit dem Auto kommen, müssen zu Fuss vom Coop Parkhaus via Solothurnstrasse ins Ärztezentrum gehen. Das ist etwas weiter. Es sollen doch alle Verkehrsteilnehmer gleichbehandelt werden. Zum Schluss noch eine Anmerkung: Wenn die Leute nach dem Besuch im Ärztezentrum noch einkaufen gehen, was gut möglich ist, gehen sie auch zu Fuss zum Eingang des Coop Restaurants, welcher sich sehr nahe an den jetzigen Bushaltekanten befindet. In diesem Sinne unterstützt die SVP die Motion.

- 3.2 Die Mitte-Fraktion, so Gemeinderat Tobias Neuhaus, tritt auf die Vorlage ein und wird die Motion erheblich erklären. Den Beschluss der BAPLUK nicht zu berücksichtigen, erwies sich im Oktober-Gemeinderat 2023 als unvorteilhaft für die Befürworter. Wie im letzten angenommenen Antrag um die Situation einer Bushaltestelle an der Storchengasse erwähnt, weist auch die Mitte auf das Stichwort Busbuchten hin. Mit dieser Motion wird nun ein Auftrag erteilt, welcher konstruktiv verschiedene Varianten zu einer verkehrstechnisch verantwortbaren Bushaltestelle Ärztezentrum an der Storchengasse aufzeigt. Als sach- und lösungsorientierte Partei stimmt die Mitte diesem Vorgehen zu.
- 3.3 Gemeinderat Daniel Hafner ruft in Erinnerung, für wen eigentlich dort eine Bushaltestelle geplant resp. gebaut wird. Es werden primär Nutzer sein, die vornehmlich von Alters wegen zum Arzt gehen und möglicherweise mit Mobilitätseinschränkung vertraut sind. Das hat im Übrigen auch die Investorenschaft so gesehen, als sie seinerzeit das Ärztezentrum zentral in der Stadt geplant hat. Vor allem haben sie auch explizit verlangt, dass eine Bushaltestelle so nahe wie möglich ans Ärztezentrum hinkommt. Man hat das auch entsprechend so berücksichtigt, resp. der Stadtpräsident hat das so berücksichtigt und entsprechende Aussagen gegenüber der Investorenschaft gemacht. Darauf gilt es Rücksicht zu nehmen. Mit dem Projekt resp. der Motion öffnet man Tür und Tor, dass man eine durchdachte, kundenorientierte, nutzerfreundliche Lösung anstreben wird. Aber vor allem sollte die Lösung so zentral und nahe wie möglich ans Ärztezentrum gebaut werden. Die SP-Fraktion ist für die Erheblicherklärung der Motion.
- 3.4 Laut Gemeinderat Patrick Crausaz wurde an der Oktober-Sitzung ausgiebig über die Bushaltestelle Storchengasse diskutiert und man war schon damals der Ansicht, dass eine Studie notwendig ist, um die Situation sauber abzuklären. Demnach ist die Motion eine logische Folge dieser Diskussion. Die GLP wird dieser selbstverständlich zustimmen.
- 3.5 Stadtpräsident François Scheidegger fragt, ob Gegenstand der Studie nur die bauliche Geschichte ist oder ob allenfalls auch die ganze Verkehrssituation einmal angeschaut wird. Er erinnert daran, dass in der Storchengasse einmal Einbahnverkehr war. Als man seinerzeit das Projekt Bahnhof in den verschiedenen Workshops diskutiert hat, wurde dort gesagt, dass die ganze Frage der Verkehrsführung allenfalls nochmals angeschaut werden sollte, falls sich die jetzige Lösung nicht bewähren sollte. Ist das auch angedacht oder ist das abhängig von der Studie?
- 3.5.1 Gemäss Stadtbaumeister Aquil Briggen prüft man zuerst die Verschiebung der Bushaltestelle, die Parkplätze vor dem Hôtel-de-Ville und die Ein- und Ausfahrt des Coop Parkhauses. Sollte sich herausstellen, dass man dort ein Einbahnregime braucht, schaut man das sicher auch an. Aber es ist nicht prioritär. Das Ziel ist, die Bushaltestelle zu versetzen und die Parkplatzsituation zu lösen.

- 3.6 Man sollte sich, so Marc Willemin, bei den Zwischenvarianten vielleicht vor Augen führen, dass man im Stadtzentrum nur noch verlangsamte Ost-West-Verbindungen hat. Die Bettlachstrasse ist (teilweise) gesperrt und die Solothurnstrasse (teilweise mit Begegnungszone mit Tempo 20) mit der Löwenkreuzung ist auch nicht immer flüssig befahrbar. Dort staut sich der Verkehr regelmässig. Und die Freiestrasse, wo jetzt der Bus rein- und rausfährt, hat auch nicht mehr so einen Durchlauf wie früher - übrigens wird die Bushaltestelle von den Busfahrerinnen und -fahrern sehr gelobt. Dann sollte unbedingt darauf geachtet werden, die Storchengasse nicht auch noch zuzumauern. Mit einem Einbahnregime könnte es dort kritisch werden. Das sollte man miteinbeziehen.
- 3.6.1 Aquil Briggen bemerkt, dass man in der Ortsplanungsrevision die Ost-West-Problematik vertieft angeschaut hat. Aber darauf kommt man in der nächsten GR-Sitzung zurück.
- 3.6.2 Gemäss Marc Willemin geht es nicht um die Niklaus Wengi-Strasse, sondern um die zentralen, innerstädtischen Ost-West-Verbindungen.
- 3.7 Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Motion wird erheblich erklärt.

Vollzug: BD

BD (TB2)
BAPLUK
AGöV
PI
FV

6.6 / acs



Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 2

vom 27. Februar 2024

Beschluss Nr. 2132

Interpellation Remo Bill (SP): Ehemaliges Warenhaus Meyer Söhne (Innovation), Grenchen: Beantwortung

Vorlage: BD/06/11.2023

1 Mit Datum vom 31. Oktober 2023 reichte Remo Bill (SP) folgende Interpellation ein:

1.1 Interpellationstext:

Seit geraumer Zeit herrscht über die Zukunft des städtebaulichen wichtigen Gebäudes, dem ehemaligen Warenhaus Meyer Söhne (Innovation) in Grenchen, grosses Unbehagen. Sämtliche Mieter haben die Räumlichkeiten verlassen. Was für Pläne der Liegenschaftsbesitzer mit diesem Gebäude vorhat, ist unklar. Wie wichtig dieses Gebäude für die Stadt Grenchen ist, zeigt, dass es im Inventar zur Architektur der Nachkriegsmoderne des Kantons Solothurn enthalten ist.

Michael Hanak hat im Buch Baukultur im Kanton Solothurn 1940-1980, ein Inventar zur Architektur der Nachkriegsmoderne, über das ehemalige Warenhaus Meyer Söhne, Grenchen, Folgendes geschrieben. Ich zitiere:

«An der städtebaulich zentralen Kreuzung von Bielstrasse und Bahnhofstrasse bildet das 1950 für die Firma Meyer Söhne errichtete Warenhaus einen attraktiven Blickfang. Mit seiner ebenso vielfältigen wie eleganten Gestaltung steht der in Beton konstruierte Fünfzigjahre-Bau fast wie kein anderer in Grenchen für die aufkommende Urbanität der damals wachsenden Stadt. Die grossflächigen, horizontalen durchlaufenden Schaufenster an beiden Strassenseiten und auf allen drei Etagen verdeutlichen nicht nur die Funktion des Eckgebäudes, sondern strahlen darüber hinaus höchste Modernität aus.

Die feingliedrigen Stahlfensterrahmen und das raumgreifende Flugdach, das das Walmdach mit der Ziegeleindeckung dem Ausblick entzieht, sind typische Architekturmerkmale für die Erstellungszeit. Dabei stehen die Gesimse unter und über den Bandfenstern sowie die Zwischenstege prägnant vor. Am Rande der grossen Glasscheiben sorgen kleine Fensterfelder für Feingliedrigkeit. Zur Dekoration wurden die Kunststeinplatten an den geschlossenen Fassadenbändern mit weissen Quadrat- oder Mäandermustern bemalt. Die kastanienartig vorstehenden Fensterbänder und die abstrakte Wandbemalung sind hingegen höchst eigenwillige Charakterzüge. Im Erdgeschoss wurde mit der abgeschrägten Ecke hinter einer Stütze der viel befahrenen Kreuzung Rechnung getragen.»

Es ist wichtig, dass das Gebäude mit seinem architektonischen Erscheinungsbild so erhalten bleibt. Die notwendige Sanierung muss fachgerecht durchgeführt und von der Denkmalpflege begleitet werden. Ich bitte die Stadtverwaltung deshalb, folgende Fragen zu beantworten:

1. *Was hat die Stadt für den Erhalt dieses städtebaulich wichtigen Gebäudes bis jetzt getan?*

2. *Welche Möglichkeiten bestehen, die Absichten des Liegenschaftsbesitzers mit dem Gebäude in Erfahrung zu bringen und mit ihm ins Gespräch zu kommen?*
3. *Wie sieht das weitere Vorgehen grundsätzlich aus?*

2 Beantwortung

- 2.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation von der Baudirektion beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

3 Begründung

- 3.1 Vize-Stadtpräsident Remo Bill dankt der Baudirektion für die Beantwortung seiner Interpellation. Sie bestätigt, dass das Gebäude an einem städtebaulich wichtigen Standort in der Stadt Grenchen den Status «schützenswertes Kulturobjekt» erhalten soll. Das ehemalige Warenhaus Meyer Söhne ist in einem sehr schlechten baulichen Zustand. Der Zahn der Zeit nagt am Gebäude, es sind dringend Massnahmen zur Instandhaltung zu treffen. Je länger die Bausubstanz nicht unterhalten und genutzt wird, desto mehr verschlimmert sich die bauliche Situation. Darum ist er froh, dass erste provisorische Massnahmen beim Dach vorgenommen wurden. Er appelliert an dieser Stelle an die Eigentümerin, sich über die Absichten mit der Liegenschaft endlich zu äussern. Nicht nur bei der Verwaltung und der Politik, sondern auch bei der Bevölkerung der Stadt Grenchen ist grosses Interesse vorhanden. Er ist nicht informiert zu den erwähnten Gesprächen mit der Eigentümerin und zum rechtlichen Verfahren. Dafür zeigt er jedoch Verständnis. Er bittet die Baudirektion, am Ball zu bleiben und mit der Eigentümerin die Verhandlungen weiterzuführen. Gut ist auch, wenn der Gemeinderat über den weiteren Verlauf informiert wird. Er erklärt sich von der Antwort befriedigt.
- 4 Das Geschäft wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

BD

8.5.6 / acs

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 2

vom 27. Februar 2024

Beschluss Nr. 2133

Interpellation Remo Bill (SP): Stand Motion Remo Bill (SP) «Unterhaltskonzept für Hoch- und Tiefbauten»: Beantwortung

1 Mit Datum vom 31. Oktober 2023 reichte Remo Bill (SP) folgende Interpellation ein:

Am 15. November 2022 wurde im Gemeinderat die Motion Remo Bill (SP): «Unterhaltskonzept für Hoch- und Tiefbauten» erheblich erklärt (GRB 2953/15.11.2022).

Seit einem Jahr wartet der Gemeinderat auf die Beantwortung der Motion. Ich bitte die Stadtverwaltung deshalb, folgende Fragen zu beantworten.

- 1. Wie ist der aktuelle Bearbeitungsstand der Motion?*
- 2. Wann wird die Beantwortung der Motion dem Gemeinderat vorgelegt?*
- 3. Wie sieht der Zeitplan für das weitere Vorgehen aus?*

2 Beantwortung

2.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation von der Baudirektion beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

3 Begründung

3.1 Laut Vize-Stadtpräsident Remo Bill wurde seine Motion «Unterhaltskonzept für Hoch- und Tiefbauten» am 15. November 2022 erheblich erklärt. Es geht sehr lange, bis das Unterhaltskonzept im Gemeinderat vorgestellt wird, darum seine Interpellation dazu. Mit der Beantwortung seiner Interpellation ist er nicht zufrieden. Die Bearbeitung der Motion geht nach seinen Rückschlüssen aus der Beantwortung der Interpellation in die falsche Richtung. Das Gebäudeunterhaltskonzept ist ein wichtiges - auch budgetrelevantes - Instrument, um den Unterhalt längerfristig zu planen und vor allem zu budgetieren. Darum ist es notwendig, dass der Unterhalt der städtischen Gebäude auch nach einem Konzept erfolgt. Da geht es immerhin um Tausende von Franken. Er verlangt keine teuren Software-Lösungen, sondern eine praktisch bezogene, pragmatische Lösung, eine Checkliste. Diese Checkliste beinhaltet bei welchem Gebäude, welcher Bauteil wann und wie oft geprüft werden muss. Zum Beispiel der Bauteil «Sickerleitung». Die Leitung ist die «Lebensversicherung» für ein Gebäude, wie sein praktisches Beispiel aufzeigt: Bei der Renovation des Haldenschulhauses im Jahr 2000, waren die Sickerleitungen zum Teil mit Kalk verstopft, weil die Leitungen nicht gespült worden waren. Sie mussten mit grossem Aufwand und für teures Geld ausgebohrt werden.

Man hat vor allem bei einem treppenartigen Gebäude keine Möglichkeit mehr, die Leitung von aussen zu reparieren. Mit dieser erwähnten Bohraktion konnte das eindringende Hangwasser in die Räumlichkeiten behoben werden. Dass aber nach seinen Recherchen die Sickerleitungen seit 15 bis 20 Jahren nicht mehr unterhalten worden waren, zeigt den Bedarf auf. Die Checklisten der zu überprüfende Bauteile werden bei Bauwerken von den Liegenschaftsverantwortlichen respektive deren Eigentümern verlangt. Checklisten sind ein Instrument, das bei Architekturbüros und Generalunternehmungen so gehandhabt wird. Auch der Kanton Solothurn plant den Gebäudeunterhalt seiner kantonalen Bauten mit Checklisten und ohne Software-Programme. Es gibt periodische Beurteilungen der Gebäude und deren Bauteile vor Ort, wo auch die jeweiligen Hausmeister bei den Kontrollen beigezogen werden. Zudem unterstützen Wartungsverträge die Kontrollen von Flachdächern und deren Wasserabläufe oder von Regenrinnen bei Steildächern, um nur einige Bauteile zu erwähnen. Die in den Checklisten aufgeführten Mängel werden beurteilt und eine Unterhalts-Priorisierung vorgenommen. Die daraus notwendigen Unterhalts-Investitionen werden jährlich in den kantonsrätlichen Fachkommissionen UMBAWIKO und Finanzkommission FIKO sowie anschliessend im Kantonsrat behandelt. Dieses Vorgehen gehört zum Ablauf des jährlichen Budgetprozesses. Vielleicht dient sein Votum für die weitere Bearbeitung des Unterhaltskonzeptes. Er erklärt sich von der Antwort nicht befriedigt.

- 4 Das Geschäft wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

BD

0.9.1 / acs

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 2

vom 27. Februar 2024

Beschluss Nr. 2134

GV-Motion Rebekka Meier «Baujurist in die Baudirektion»

Vorlage: KZL/10.02.2024

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtbaumeister Aquil Briggen fasst die Vorlage zusammen.
- 1.2 Stadtpräsident François Scheidegger gibt ergänzende Erläuterungen

2 Eintreten

- 2.1 Gemeinderat Tobias Neuhaus dankt Aquil Briggen für die Ausführungen. Die Mitte-Fraktion stimmt dem Antrag zu, die Motion nicht erheblich zu erklären. Wie bereits in der Vorlage erwähnt, sind zusätzliche Baujuristen nicht nötig, die zusätzlichen Kosten stehen zudem in einem schlechten Verhältnis zum Nutzen. Die Baudirektion zieht bei Bedarf heute schon juristische Hilfe bei. Das In-Abrede-Stellen der Kompetenz zum Thema Baurecht der fachlich gut qualifizierten Mitarbeitenden der Baudirektion durch die Motionärin ist haltlos und seitens Mitte nur gegeben, wenn die nötigen Ausbildungen selbst vorhanden sind, dies ist hier nicht der Fall.
- 2.2 Gemäss Gemeinderat Robert Gerber wird mit der Motion verlangt, dass in der Abteilung Baudirektion mindestens eine neue Stelle, nämlich die eines «Baujuristen», geschaffen wird. Warum sagt er mindestens eine neue Stelle? Weil ein solches Vorgehen, die Schaffung einer neuen Kaderfunktion, in aller Regel unmittelbar weitere Stellenbegehren auslöst. Ein kleineres Sekretariat etc., etc. Im vorliegenden Papier ist treffend erläutert, dass es eine solche Stelle nicht braucht. In ihrer Begründung erwähnt die Motionärin, dass es in erster Linie darum gehe, unnötige Beschwerden beim Kanton und bei den Gerichten bis und mit Bundesgericht zu vermeiden. In den Erwägungen bzw. in der Interpellationsantwort zeigt sich aber, dass solche Einsprachen und Weiterzüge bis an Gerichte in den letzten Jahren äusserst selten vorkamen. Man beklagt sich heute darüber, dass jedes und alles «verjurisiert» wird. Gerade im Bauwesen ist die Flut der mehr oder weniger sinnvollen Vorschriften schon heute enorm gross. Baubewilligungsverfahren werden dadurch unverhältnismässig in die Länge gezogen und verteuert. Geradezu grotesk wäre es, wenn, wie es die Motion verlangt, jedes Baugesuch zuerst noch eine Zusatzrunde über den Tisch eines Baujuristen oder einer Baujuristin machen müsste. Die dem Gemeinderat vorgelegten Zahlen reden da eine deutliche Sprache. Nämlich, dass es seltene Ausnahmen sind, wenn ein Jurist tatsächlich benötigt wird. Es sind die Fachleute mit Erfahrung, die hier helfen können, und nicht die abstrakte Juristerei. Dass sogenannte Baujuristen rar sind und nicht an jeder Hausecke zur Verfügung stehen, kommt noch dazu. Ob sich jemand finden würde, der gerne eine Stelle hätte, wo er substanziell nichts zu tun hätte und für die Galerie arbeitet, ist ebenfalls fraglich. Neu wäre auch, dass sich die Gemeindeversammlung mit organisatorischen Einzelheiten der Verwaltung befassen sollte.

Da bewegt man sich auch rechtlich in einem Bereich, der eher grau als weiss wäre. Alles in allem und kurz zusammengefasst zeigen die Praxis und die Wirklichkeit, dass es keinen Baujuristen und keine Baujuristin braucht auf der Grenchner Stadtverwaltung. Die FDP-Fraktion wird deshalb für Nicht-Erheblichkeit der Motion votieren. Im Übrigen dankt sie für die ausführliche und aussagekräftige Vorlage bestens und deshalb gibt es auch nichts mehr hinzuzufügen.

- 2.3 Wie von der Baudirektion und der Stadtschreiberin dargelegt, so Gemeinderat Patrick Crausaz, zielt die Motion weit über das Ziel hinaus und ist nicht nur haltlos, sondern von wenig Sachverstand geprägt. Die GLP ist für Nicht-Erheblicherklärung.
- 2.4 Gemeinderat Alexander Kaufmann kann sich den Voten seiner Vorredner anschliessen. Grundsätzlich ist die Idee eines Baujuristen in der Baudirektion interessant, aber nicht zielführend. Der juristische Apparat muss nicht noch mehr aufgeblasen werden. Die Baudirektion mit ihren Mitarbeitenden hat das nötige Wissen über das gültige Baurecht und kann dies bei Baubewilligungsverfahren anwenden. Bei Sonderthemen wie juristischen Abklärungen, z. B. bei Einsprachen, kann die Baudirektion diese extern beiziehen. Zudem ist die Bau-, Planungs- und Umweltkommission (BAPLUK) als politische Kommission ebenfalls zuständig bei Einsprache-Geschäften. Die Kommission sollte in Zukunft mehr Gewicht auf fachspezifische Themen legen. Die Fraktionen sind gefordert, in Zukunft diesbezüglich Personen zu stellen, welche mit den bauspezifischen Themen vertraut sind und einen gewissen bauberuflichen Background mitbringen. Anstelle eines Juristen wäre eine externe Expertengruppe für planerische und architektonische Fragen nötiger und sinnvoller. Sie würde nicht nur die BAPLUK beratend zur Seite stehen, sondern auch der Baudirektion bei der Umsetzung. Die SP-Fraktion wird die Motion ablehnen.
- 2.5 Aus Sicht von François Scheidegger ist das Anliegen nicht motionsfähig. Es kann nicht sein, dass die Gemeindeversammlung bestimmen kann, ob die Verwaltung einen Juristen anstellt. Die Stadtschreiberin hat es mit dem Amt für Gemeinden abgeklärt. Dort hat man offenbar die Idee, dass es motionsfähig ist, weil es eine Reglementsanpassung betrifft. Es gilt der Grundsatz «im Zweifel für die Demokratie».

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Der Gemeindeversammlung wird beantragt, Folgendes zu beschliessen:

Die Motion wird nicht erheblich erklärt.

Vollzug: KZL

GV
BD

0.2.2 / acs

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 2

vom 27. Februar 2024

Beschluss Nr. 2135

Wahlbüro: Demission von Daniel Sägesser als Ersatzmitglied, Ersatzwahlvorschlag der FDP: Silas Stauer

Vorlage: KZL/27.0.2024

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Anne-Catherine Schneeberger, Kanzleichefin, verweist auf die Vorlage.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Die Demission von Daniel Sägesser als Ersatzmitglied des Wahlbüros wird unter Verdankung der geleisteten Dienste genehmigt.

4.2 Silas Stauer, FDP, Alpenstrasse 46, 2540 Grenchen, wird für den Rest der Amtsperiode 2021-2025 als Ersatzmitglied des Wahlbüros gewählt.

Zu eröffnen an: - Silas Stauer, Alpenstrasse 46, 2540 Grenchen
- Craig von Schulthess, Präsident FDP, Freiestrasse 44, 2540 Grenchen

Vollzug: KZL (Eröffnung), Stadtpräsidium (Vereidigung)

Wahlbüro
Stadtpräsidium
KZL (Behördenverzeichnis)

0.1.8 / acs

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 2

vom 27. Februar 2024

Beschluss Nr. 2136

Genehmigung Demission von Michael Schlup, 2. Ersatzmitglied Gemeinderat (SP), Kenntnisnahme Wahlfeststellungen Andreas Saladin, 2. Ersatzmitglied, Daniel Hirt, 3. Ersatzmitglied

Vorlage: KZL/15.02.2024

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Anne-Catherine Schneeberger, Kanzleichefin, verweist auf die Vorlage.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Die Demission von Michael Schlup als 2. Ersatzmitglied des Gemeinderates (SP) wird unter bester Verdankung der geleisteten Dienste genehmigt.

4.2 Von den Wahlfeststellungen vom 15. Februar 2024 wird Kenntnis genommen.

Zu eröffnen an:

- Michael Schlup, Glockenweg 3, 2540 Grenchen
- Andreas Saladin, Fliederweg 15, 2540 Grenchen
- Daniel Hirt, Schlachthausstrasse 21, 2540 Grenchen
- Angela Kummer, Co-Präsidentin SP, Bielstrasse 62, 2540 Grenchen
- Frank Schubert, Co-Präsident SP, Ziegelstattstrasse 10, 2540 Grenchen

Vollzug: KZL

KZL (Behördenverzeichnis)
FV

0.1.2 / acs

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 2

vom 27. Februar 2024

Beschluss Nr. 2137

Mitteilungen und Verschiedenes

1 Revision der Ortsplanung (ORP): Öffentliche Auflage (Zonenplanung und -reglement) und Baureglement (1. Lesung)

1.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wird das Geschäft für die GR-Sitzung vom 26. März 2024 traktandiert. Die Stadtkanzlei hat den GR-Mitgliedern am 16. Februar 2024 ein Mail mit dem Link zu den Auflageakten gesendet.

2 Führung durch den Stadtpark am 26. März 2024

2.1 Wie Stadtpräsident François Scheidegger ausführt, findet anlässlich der GR-Sitzung vom 26. März 2024, 17.00 Uhr, für den Gemeinderat (ordentliche und Ersatz) eine Führung durch den Stadtpark mit Max Jaggi, Natur- und Umweltfachmann, Co-Präsident Pro Natura, statt. Die ordentliche Sitzung im Ratsaal beginnt um 17.45 Uhr.

